

Einladung

zur StuPa-Sitzung am 15.02.79 um 18.30 Uhr im 11/123

TOP.: 0. Formalia

1. Einsetzen eines Wahlausschusses
2. Bericht von der Krollmann-Veranstaltung
3. Bericht von der Bafög-Veranstaltung
4. Bericht AStA
5. Anträge
6. Verschiedenes

Nach § 14 Abs. 1 der gültigen Satzung der Studentenschaft wird die Wahl vorbereitet und durchgeführt, von einem Wahlausschuß, der vom Parlament eingesetzt wird. Die Mitglieder dieses Ausschusses können nicht zu den Organen der Studentenschaft (StuPa, FS) kandidieren.

Wir bitten die Parlamentarier um entsprechende Kandidaten-Vorschläge.

gez. Klaus Horst
Parlamentspräsident

Christian Flöter
Vizepräsident

Protokoll

der StuPa-Sitzung vom 18.1.79

Anwesend: Kollatz, Horst, Klär, Bohlen, Spille, Laux, Ferkinghoff, Senger, Heyer
Freytag, Hartung

Müller, Leser, Macheledt, Hahn, Posern, Happel, Voorgang

Grießmann

Meisel, Bettermann, Trach, Reimann, Aldinger, Melbaum, Reis, Flöter
Willnecker

Urban, Warnke, Asmus, Braun, Frühwacht, Fuld

Daniel

Hopfgarten, Höhner

Schneider, Ewald

Tagesordnung: 0. Formalia

1. Nachwahl Präsidium
2. Bericht AStA
3. Jahresabschluß 77 (2. Lesung)
4. Haushaltsplan 79 (2. Lesung)
5. Verfahrensregelung zur TH-VV
6. Regelstudienzeit
7. VDS
8. Anträge
9. Verschiedenes

0. Formalia

Die Sitzung wurde mit der Feststellung der Beschlußfähigkeit um 18.44 Uhr eröffnet. Fuld stellte den Antrag, die im Protokoll der Sitzung vom 4.12.78 als letzte aufgeführte Abstimmung zu wiederholen, das seiner Ansicht nach das Abstimmungsergebnis falsch wieder gegeben wurde, (wird als Antrag unter 8. behandelt.)

Klaus Horst schlug vor, das Wort "gewähltes" auf der letzten Seite des Protolls zu streichen.

Mit dieser Änderung wurde das Protokoll der Sitzung vom 4.12.78 bei einer Enthaltung angenommen.

Die Tagesordnung wurde mit 1 Enthaltung angenommen.

1. Nachwahl des Schriftführers.

Da der Schriftführer Jürgen Willnecker von seinem Amt zurückgetreten ist, wurde eine Nachwahl erforderlich. Es gab nur einen Vorschlag: Günter Trach.

Wahlergebnis der geheimen Wahl: 20-Ja-Stimmen

9 Nein-Stimmen

2 Enthaltungen

2 ungültige Stimmzettel

Günter Trach ist damit (mit einfacher Mehrheit) zum Schriftführer gewählt.

2. Bericht AStA

Die AStA-Referenten berichteten über folgende Themen:

Wub zu Studienverschärfungen, Amtsenthebung des Kasseler AStAs, Tätigkeit des Hochschulpolitischen Arbeitskreises, Nebenkostenprozess, vorgesehene Aktionen der

Erstsemester gegen die Regelstudienzeit (Hochschultag) Tätigkeit des Iran-Komitees, Iran-Veranstaltung am 29.1.79, Besuch des KuMi-Krollmann am 2.2.79 und eine vorgesehene Bafög-Veranstaltung am 7.2.79 um 18.00 Uhr im ET-Hörsaal.

3. Jahresabschluß 77 2.Lesung)

Nach dem der Finanzreferent für Zustimmung plädiert und RCDS-Mitglieder die Aufschlüsselung des Abschlusses bemängelt hatten, wurde ein GO Antrag auf sofortige Abstimmung gestellt. Da keine Gegenrede erfolgte galt der Antrag als angenommen.

Abstimmung: 20 Ja-Stimmen
6 Nein-Stimmen
6 Enthaltungen

Die Abstimmung wird angezweifelt und wiederholt

20 Ja-Stimmen
6 Nein-Stimmen
7 Enthaltungen

Der AStA stellte einen Antrag: die 3. Lesung gleich anzuschließen

Abstimmungsergebnis (3.Lesung) 21-Ja-Stimmen
6-Nein-Stimmen
6 Enthaltungen

Damit ist der Jahresabschluß 77 in 3. und letzter Lesung angenommen.

4. Haushaltsplan 79 2. Lesung

Der Finanzreferent erläutert Änderungen gegenüber der 1. Lesung. Nach kurzer Diskussion über Rechtsberatungskosten wurde abgestimmt:

20-Ja-Stimmen
11-Nein-Stimmen
1 Enthaltungen

Abstimmung der 3. Lesung

21-Ja-Stimmen
11-Nein-Stimmen

Damit ist der Haushaltsplan 79 in 3. und letzter Lesung angenommen.

5. Verfahrensregelung zur TH VV

Die Sozialreferentin hält eine VV in diesem Semester nicht mehr für sinnvoll und stellte den Antrag den diesbezüglichen Beschluß der letzten Sitzung zurückzunehmen. Die BGs stellten den Antrag stattdessen ein Teach-In in der Zeit nach der Bafög-Veranstaltung zu machen.

Abstimmung: Aufhebung des Beschlusses vom 4.12.: 28-Ja-Stimmen
1-Nein-Stimme
3-Enthaltungen

Damit ist der Beschluß aufgehoben.

Abstimmung: Teach-In 12-Ja-Stimmen
10-Nein-Stimmen
9 Enthaltungen

Der Antrag wurde damit abgelehnt.

6. Regelstudienzeit

Der Hochschulreferent berichtete, daß die Aufforderung des KuMi die Prüfungsordnungen zu ändern bisher nicht befolgt wurde, was eine rückwirkende Einführung der Regelstudienzeit bedeutet, und weist auf einen entsprechenden Beschluß des zentralen LUST-Ausschusses hin. Während auch andere Hochschulen die Regelstudienzeit ablehnen strebt der KuMi an, 8 Semester Regelstudienzeit bis Herbst 1980 einzuführen.

7. VDS

Die UDS kritisierte die Arbeit des VDS. Der ASTA stimmte dem zu und verwies auf die nächste VDS-MV im März. Da die VDS zur Zeit wegen Koalitionsschwierigkeiten nicht arbeitsfähig sei, forderte die UDS den ASTA zur Darstellung der Situation in der Wub auf.

8. Anträge

1. Antrag zur Verhaftung von Ali (Anlage 1)

Nach eingehender Diskussion, während der einige Mitglieder für verständlich hielten, daß Personen ohne Angabe von Gründen verhaftet werden, wurde der Antrag mit:

8 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

2. Antrag zur Sozialmiete (Anlage 2)

Der Antrag wurde mit 7 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

3. Antrag von h. Spille und M. Kollatz bezüglich der Präsidentenwahl (Anlage 3)

Die UDS stellte einen GO-Antrag auf Nichtbefassung, der dann abgestimmt wurde mit:

16-Ja-Stimmen
8-Nein-Stimmen
4-Enthaltungen

Damit wurde der Antrag nicht befaßt.

4. Antrag der SHI bezüglich Zuwendungen von staatlichen Stellen und namentliche Abstimmung (Anlage 4)

Der SHI übernahm einen Änderungsantrag von Bernd Müller mit dem Text: "insbesondere (aus staatlichen Quellen) " einzufügen. Martin Leser stellte den Antrag den Text in der Klammer zu erweitern um: "..(politische Parteien und deren Jugendorganisationen...)." "

Abstimmung Änderungsantrag: 15-Ja-Stimmen
5-Nein-Stimmen
10-Enthaltungen

Bei der namentlichen Abstimmung stimmten folgende Parlamentarier zu:

Horst, Klär, Bohlen, Spille, Laux, Ferkinghoff, Senger, Hartung
Müller, Leser, Macheledt, Hahn, Posern, Happel, Voorgang,
Grießmann

Meisel, Bettermann, Trach, Reimann, Aldinger, Mehlbaum, Reis, Flöter
Urabn, Asmus, Frühwacht, Fuld

Daniel

Berthold Braun (RCDS) erklärte sich für nicht anwesend.

Kein Parlamentarier stimmte mit Nein oder Enthaltung. Damit

ist der Antrag angenommen.

5. UDS stellte den Antrag (anlage 5) die StuPa-Protokolle in der Mensa auszuhängen, der einstimmig angenommen wurde.

6. Antrag von FULD: Klarstellung der Nichtmitgliedschaft im ASTA von Th. Bös in der WUB

Abstimmung: 13-Ja-Stimmen
5-Nein-Stimmen
9 Enthaltungen Damit ist der Antrag abgelehnt.

Da zum TOP 9 keine Wortmeldungen mehr erfolgten wurde die Sitzung um 21.55 Uhr geschlossen.

gez. Günter Trach

Anlage 1

Das Stupa möge beschließen:

Am Montag den 15.1.79 wurde der ehemalige Ausländerreferent im Asta der THD und Mitglied des CISNU-Vorstandes, Aliakbar Djasayeri, in seiner Wohnung vorläufig festgenommen und anschließend auf dem Polizeirevier erkennungsdienstlich behandelt. Die Festnahme wurde durchgeführt obwohl er und sein Anwalt dagegen protestierten. Aliakbar Djasayeri war Anmelder der Frankfurter Anti-Schah Demonstration vom 25.11.78. Laut Auskunft seines Anwalts wurde bisher weder bei den Ausländerbehörden noch bei der Darmstädter Polizei Belastungsmaterial gegen ihn vorgelegt. Die vorläufige Festnahme Aliakbar Djasayeris stellt einen Versuch der deutschen Behörden dar, Schah-Gegner in der Bundesrepublik einzuschüchtern und zu kriminalisieren, um so das faschistische Regime im Iran zu unterstützen.

Das Studienparlament verurteilt diese Vorgehensweise auf das Schärfste.

Asta

Das Studentenparlament möge beschließen:

Das Studentenparlament fordert die Bundesregierung auf, den Beschluß der 38. o. Mitgliederversammlung des DSW, auf eine Änderung des sozialen Mietrechts hinzuwirken, nicht zu folgen.

Diesem Beschluß zufolge soll der DSW-Vorstand den Gesetzgeber auffordern, das soziale Mietrecht dahingehend zu ändern, "daß das 2. Gesetz über den Kündigungsschutz für Mietverhältnisse über Wohnraum auf mit öffentlichen Mitteln geförderter Wohnraum für Studenten öffentlich-rechtlicher oder als gemeinnützig anerkannter Vermieter keine Anwendung findet." Die Antragssteller (die Studentenwerke Augsburg, Erlangen-Nürnberg, München, Regensburg und Würzburg) betrachten die Wohnheime als Vorübergehend genutzte Wohnräume.

Damit wird das Wohnen im Studentenwohnheim mit einem Hotelaufenthalt gleichgesetzt. Dies ist unzulässig. In der Begründung heißt es:

...." Es muß rechtlich sichergestellt werden, daß Kostensteigerungen, die nicht durch Zuschüsse abgefangen werden, auf die Mieter umgelegt werden....."

Die Studentenwerke erhoffen also von einer entsprechenden Änderung des sozialen Mietrechts eine leichtere Durchsetzbarkeit von Mieterhöhungen .

Eine Änderung des sozialen Mietrechts würde bedeuten, daß gerade eine Gruppe sozial Benachteiligter, die Studenten, keinen Anspruch auf den vom Gesetz vorgesehenen Kündigungsschutz haben. Die Antragsteller übersehen auch, daß damit vor allem die finanziell schlechter gestellten Studenten, die sich aus gutem Grund auch am meisten gegen Mieterhöhungen wehren müssen, betroffen wären.

Schließlich sollte die Signalwirkung, die ^{eine} Änderung des sozialen Mietrechts auf andere Gruppen von Vermietern hätte, nicht unterschätzt werden.

Auch aus diesem Grund ist eine Novellierung grundsätzlich abzulehnen.

Höhere Mieten nach der Liberalisierung?

FAZ
11.1.79 Kritik an der geplanten Lockerung im sozialen Wohnungsbau

Ho. BONN, 10. Januar. Die Absicht des Gesetzgebers, die Belegungs- und Mietpreisbindungen im öffentlich geförderten Wohnungsbau aufzulockern und so ein Stück Marktwirtschaft in die Wohnungswirtschaft zu bringen, stößt auf Bedenken des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung. In seinem neuesten Wochenbericht schreibt das Berliner Institut, daß die angestrebte Freigabe der Bindungen bei vorzeitiger Rückzahlung der öffentlichen Mittelsaftige Mietsteigerungen zur Folge haben müsse. Mit der Liberalisierung schieden besonders ältere, preiswerte Sozialwohnungen aus dem Bestand aus; sie gingen damit als „Reserve“ für die besondere Versorgung bedürftiger Bevölkerungsschichten (Alte, Behinderte, Ausländer, kinderreiche Familien) verloren.

Nach Ansicht des Berliner Instituts müssen die Mietpreis- und Belegungsbindungen grundsätzlich lange Zeit aufrechterhalten werden, wenn die öffentlichen Mittel den Mietern der Wohnungen zugute kommen sollen. Eine Verkürzung der Bindungsfrist lenke die Subventionswirkung auf die Vermieter um, die dann höhere Gewinne erzielen. Der hohe Einsatz öffentlicher Mittel für den Bau von Sozialwohnungen müßte sich somit im nachhinein als „Fehlsub-

vention“ erweisen. Den Eigentümern von Sozialwohnungen entstünden mit der Bindung an die Kostenmiete im allgemeinen keine unzumutbaren wirtschaftlichen Nachteile. Eine Lockerung der Bindungen sei daher nur für den Fall zu vertreten, daß die bisherigen Mieter ihre Wohnungen kauften. Bleiben die Bindungen erhalten, würden die Sozialmieten künftig weit unter den Mieten entsprechender freifinanzierter Wohnungen liegen und den Fiskus von Wohngeldzahlungen und Sozialhilfeleistungen entlasten.

In Bonn wird angenommen, daß die Kritik des Berliner Instituts am Gesetzentwurf des Bundesrates die weiteren Beratungen des Parlaments beeinflussen wird. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Ernst Walthemathe hat am Mittwoch auf Anfrage darauf hingewiesen, daß die Wohnungspolitik seiner Fraktion die Bedenken des Instituts teilten. Die SPD habe den Gesetzentwurf Nordrhein-Westfalens von Anfang an „kritisch gewürdigt“. Der zuständige Bundestagsausschuß werde am 7. Februar zahlreiche Verbände und Wissenschaftler zu dem Thema anhören. Danach werde die SPD-Fraktion eigene Vorschläge über die künftige Gestaltung des sozialen Wohnungsbaus vorlegen.

Anlage 3

Das StuPa möge beschließen:

Das StuPa der THD fordert den Konvent auf, bei der Präsidentenwahl für den Kandidaten Böhme zu votieren~

Begr.: Wie - spätestens - auf dem Hearing deutlich wurde, hat sich lediglich der Kandidat Böhme bereit erklärt, an wichtigen Punkten die Studentenschaft bei ihren Forderungen zu unterstützen (Regelstudienzeit, Ordnungsrecht, Mittelkürzung ..) für die die Studentenschaft der TH in den letzten Jahren gekämpft hat, während sich der Gegenkandidat Brandt z.B. in Pkt. des Ordnungsrechts explizit gegen unsere Interessen aussprach.

gez. Spille, Kollatz

Anlage 4

Das StuPa möge beschließen:

Um weit verbreiteten Gerüchten und sicherlich größtenteils falschen Verdächtigungen entgegenzutreten, fordert das StuPa die in ihm vertretenen Gruppen auf, beim Präsidium eidesstattliche Erklärungen abzugeben, über die Höhe der Zuwendungen insbesondere aus staatlichen Quellen (z.B. Bundes- und Landesämtern für Verfassungsschutz), d.h. aus öffentlichen Steuergeldern, die an die Gruppierungen auf Hochschul-, Landes- und Bundesebene in den Jahren 1976, 1977 und 1978 gezahlt wurden, eingegangene eidesstattliche Erklärungen sind in der nächsten Wub zu veröffentlichen.

gez. W. Griesmann (SHI)

(Gleichzeitig Antrag auf namentliche Abstimmung!)

Anlage 5

AstA wird aufgefordert, das genehmigte Protokoll an der Mensa Essensausgabe vor der Otto-Berndt-Halle auszuhängen.

gez. ? (UDS)